



Bericht aus Bern Frühjahrsession 1. Sessionswoche 02.03.-05.03.2015

Nationaler Finanzausgleich

Am Dienstag in der zweiten Woche dieser Frühlingssession ist im Nationalrat das weitere Vorgehen bezüglich Finanzausgleich traktandiert. Es ist für alle Geberkantone und speziell für den Kanton Schwyz das wichtigste Geschäft der Session. Die Finanzkommission, der ich angehöre, hat beschlossen, keine Beiträge zu bezahlen, die über das Mindestausstattungsziel der Nehmerkantone von 85 Prozent hinausgehen. Dieses Ziel wurde 2008 bei der Einführung der NFA im Artikel 6 des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich festgelegt. Der Ständerat hat in der Wintersession beschlossen, nichts zu ändern und die Beiträge nicht nach diesem Ziel auszurichten, sondern das Geld weiter in gleicher Höhe den Nehmerkantonen zufließen zu lassen.

Die Regierungen der Geberkantone hatten deshalb am Montag 90 Minuten vor Sitzungsbeginn zu einer Orientierung eingeladen, um alle Mitglieder des Parlaments aus diesen Kantonen über die aktuelle Situation zu orientieren und auf das richtige Abstimmungsverhalten einzuschwören. Regierungsrat Kaspar Michel hat die problematische Situation, wie sie im Kanton Schwyz herrscht, sehr gut dargestellt und seine Erwartungen an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier klar kommuniziert. Ich bin gespannt, wie der Nationalrat in der nächsten Woche entscheiden wird.

Ehe für alle?

An der CVP-Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag war wiederum unsere Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe und das weitere Vorgehen bei der Beratung im Ständerat ein wichtiges Thema. Dabei stand die Definition des Begriffs «Ehe» im Mittelpunkt. Obwohl in der Initiative die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichgestellt ist, wird vor allem aus homosexuellen Kreisen gegen die Vorlage Stimmung gemacht. Die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau ist in der europäischen Menschenrechtskonvention so festgehalten und nach meiner Meinung das Normale. Leider wurde auch im Kommentar vom letzten Freitag in dieser Zeitung die traditionelle Ehe in Frage gestellt. Zu meinem persönlichen Ärger gibt es auch in meiner Fraktion Leute, die mit dem Zeitgeist mitschwimmen, nicht zum Wert der Ehe stehen und eine «Ehe für alle» fordern. Das würde bedeuten, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürften. Ich meine, dass jedes Kind ein Recht auf eine weibliche Mutter und einen männlichen Vater hat.

Das Fortbestehen unseres Staates hängt letztlich von der Fortpflanzung der Menschen ab – und diese kann naturgemäss nur in der Verbindung von Mann und Frau stattfinden. Nach ausgiebiger Diskussion hält eine grosse Mehrheit der Fraktion am herkömmlichen Begriff der Ehe fest.

Podium zu Billagebühren

Am Dienstagabend fuhr ich mit dem Zuger CVP-Ständerat Peter Bieri nach Zug, wo die SRG Zentralschweiz ein Podium zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes organisiert hatte.

Der Schweizerische Gewerbeverband hat gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen, weil er der Ansicht ist, dass die Gebühren für Radio und Fernsehen für das Gewerbe zu hoch sind. Im Juni muss das Volk darüber abstimmen. Ich kann die Haltung des Gewerbeverbands nicht nachvollziehen, denn 75 Prozent der Gewerbebetriebe zahlen zukünftig keine Gebühren mehr und 10 Prozent der Betriebe weniger als mit dem alten System. Die Haushalte werden um über 12 Prozent weniger belastet. Da das Podium von SRF-Clubmoderatorin Karin Frei geleitet wurde, hat der Gewerbeverband kurzfristig die Teilnahme abgesagt. Sie befürchteten, die Diskussion werde durch die SRF-Angestellte zugunsten ihres Arbeitgebers beeinflusst. Die Organisatoren fanden schlussendlich in Nationalrätin Yvette Estermann und Oliver Kessler, ehemaliger Sekretär der SVP Kanton Schwyz, doch noch Befürworter des Referendums. Im Anschluss ans Podium erhielten wir mehrheitlich positive Rückmeldungen.

Um 24 Uhr kamen wir in Bern an und nach einem Schlummertrunk in der Hotelbar schlief ich glücklich ein. Ich träumte weder vom Zweitwohnungsgesetz, noch von der Initiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule». Am Mittwoch lehnte ich beide Vorlagen ab.

Alois Gmür, Nationalrat